

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

16.1.1863 (No. 13)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 16. Januar.

N. 13.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einzahlungsgeld: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 15. Januar.

Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unterm 20. Decbr. v. J. gnädigst bewogen gefunden, den Referendar Friedrich Leuz von Eberbach zum Sekretär bei der Regierung des Oberheinkreises, und den Referendar Karl Brunner von Mannheim zum Sekretär bei der Regierung des Unterheinkreises zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Frankfurt, 15. Jan. (Bundestagsitzung.) Erklärung Badens in Betreff der am 22. Januar bevorstehenden Abstimmung über die Ausschufanträge in der Delegirtenversammlung. Baden ist bereit, mitzuwirken, wenn die Beschlüsse des Bundestags, welche er innerhalb seiner Kompetenz fasst und woraus finanzielle Lasten für die Einzelstaaten erwachsen, einer ständigen Kontrolle am Bundestage unterworfen werden wollen. Sonst stimmt es gegen die Delegirten-Versammlungen zu Gesetzgebungszwecken; die Bundesreform sei aber auch sein Vorschlag nicht; diese müsse auf einem andern Wege erstrebt werden. — Frankfurt verlangt Ersatzleistung für Garnisonsmehrkosten.

† **London, 15. Jan.** Die englische Bank hat ihr Discount auf 4 Prozent erhöht.

† **Paris, 15. Jan.** Die französische Bank hat ihr Discount auf 5 Prozent erhöht.

* **Turin, 13. Jan.** Das italienische Parlament ist auf den 23. Jan. einberufen. Man versichert, der Finanzminister Ricci habe seine Entlassung eingereicht. Die Municipalität von Neapel hat 50,000 Fr. für die zu Gunsten der Opfer des Räuberwesens eröffnete Subskription bewilligt.

Δ **Athen, 10. Jan.** In den Provinzen nimmt die Unordnung überhand; hier kommen nächtliche Raubfälle vor, Handel und Gewerbe stocken, die Steuern gehen nicht ein. Es zirkuliren Gerüchte von einem Ministerwechsel.

□ **Konstantinopel, 10. Jan.** Omer Pascha hat seine Entlassung als Kommandant der rumelischen Armee eingereicht. Der Sultan hat noch nicht geantwortet.

Δ **Teheran, 11. Dez.** Dost Mohamed zog sich mit seinen Truppen 18 Meilen von Herat zurück und unterhandelt mit Ahmed Khan.

Eröffnung des preussischen Landtags.

Berlin, 14. Jan. Heute Nachmittag 1 Uhr wurde die diesjährige Session beider Häuser des preussischen Landtags im Weissen Saale des k. Schlosses durch den Ministerpräsidenten Hrn. v. Bis mar ck im Auftrag Sr. Maj. des Königs mit einer Rede eröffnet, die (nach der „Köln. Ztg.“) vollständig also lautet:

Gelächte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags! Sr. Maj. der König haben mir den Auftrag zu erteilen geruht, den Landtag der Monarchie in Allerhöchstem Namen zu eröffnen.

Die Regierung Sr. Majestät begrüßt Sie mit dem lebhaftesten Wunsch, daß es in dieser Sitzungsperiode des Landtags gelingen möge, über die im vorigen Jahre ungelöst gebliebenen Fragen eine dauernde Verständigung herbeizuführen. Es wird dieses Ziel erreicht werden, wenn in der Auffassung der Stellung der Landesvertretung unsere Verfassung als die gegebene Grundlage festgehalten wird, und wenn die gesetzgebenden Gewalten unter gegenseitiger Achtung ihrer verfassungsmäßigen Rechte in der Förderung der Macht und Wohlfahrt des Vaterlandes ihre gemeinsame Aufgabe finden.

Unter den Gegenständen, welche Sie beschäftigen werden, tritt die Feststellung des Staatshaushalts-Etats in den Vordergrund. Die Lage der Finanzen darf als eine durchaus befriedigende bezeichnet werden.

Die Staatseinnahmen sind im verflochtenen Jahre so ergiebig gewesen, daß sie den Voranschlag bei den meisten Verwaltungszweigen anscheinlich übersteigen haben und die Mittel darbieten werden, die Staatsausgaben des vorigen Jahres mit Einschluß aller außerordentlichen Bedürfnisse vollständig zu decken. Das in dem Entwurf zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1862 veranschlagte Defizit wird daher, wie schon bei der Beratung dieses Etats in Aussicht gestellt wurde, in der Wirklichkeit nicht eintreten.

In Ermangelung eines gesetzlich festgestellten Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1862 hat die königl. Regierung in erhöhtem Maße ihr Augenmerk darauf gerichtet, die Verwaltung mit Sparsamkeit zu führen; sie hat jedoch nicht unterlassen dürfen, alle diejenigen Ausgaben zu bestreiten, welche zur ordnungsmäßigen Fortführung der Verwaltung, sowie zur Erhaltung und Förderung der bestehenden Staatseinrichtungen und der Landeswohlfahrt notwendig gewesen sind. Sobald der Rechnungsabluß gefertigt ist, wird die Regierung eine Vorlage über die

Staatseinnahmen und Ausgaben des abgelaufenen Jahres einbringen und die nachträgliche Genehmigung beider Häuser des Landtags zu den geleisteten Ausgaben beantragen.

Der Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1863 wird Ihnen von neuem vorgelegt werden. Die Anlässe desselben sind nach den inzwischen gemachten Erfahrungen anderweitig geprüft und in einzelnen Positionen den Verhältnissen entsprechend berichtigt worden. In Folge dessen hat das Defizit, welches der frühere Etatsentwurf angibt, angemessen vermindert werden können. Im Hinblick auf die Ergebnisse des Staatshaushalts im verflochtenen Jahre und bei der Vorkehrung, mit welcher die Staatseinnahmen veranschlagt sind, erscheint die Hoffnung wohl begründet, daß auch dieses Defizit, wie in den Vorjahren, durch Mehreinnahmen über den Etat seine vollständige Ausgleichung finden werde.

Die Aufstellung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1864 ist so weit vorgeschritten, daß der Abschluß in kurzem bevorsteht, und die Staatsregierung wird denselben alsbald zu Ihrer Berathung gelangen lassen.

Die Ausführung des Gesetzes wegen anderweiter Regelung der Grundsteuer ist in erfreulicher Weise vorgeschritten, und es hat bereits etwa die Hälfte der Gesamtfläche des preussischen Staates zur Einschätzung gebracht werden können. Ebenso ist auch inzwischen die Veranlagung der Grundsteuer in Angriff genommen worden.

Die Regierung Sr. Maj. wird in Erfüllung der gegebenen Zusicherung Ihnen einen Gesetzentwurf zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 3. Sept. 1814 vorlegen. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die Reorganisation des Heeres, zu deren Aufrechterhaltung die Regierung Sr. Maj. sich im Interesse der Wahrung Preussens einmüthig verpflichtet erachtet, auch durch die gesetzliche Feststellung der zu ihrer Durchführung erforderlichen Ausgaben nimmere ihren vollständigen Abschluß gewinnen werde.

Die nahe bevorstehende Wiederkehr des Jahrestages, an dem vor fünfzig Jahren der denkwürdige Aufzug des in Gott ruhenden Königs Friedrich Wilhelm III. Majestät an Sein Volk zur Vertheidigung des Vaterlandes ergangen ist, enthält eine dringende Mahnung, der Hilfsbedürftigen unter den noch lebenden Kämpfern jener glorreichen Zeit zu gedenken, und es werden Ihnen deshalb entsprechende Vorlagen zugehen.

Die angemessene Erweiterung der Marine muß fortgesetzt als ein dringendes Interesse des Landes angesehen werden, und die Regierung Sr. Maj. wird zur Bewilligung der für diesen Zweck unter Berücksichtigung der allgemeinen Finanzlage aufzuwendenden Mittel Ihre Zustimmung in Anspruch nehmen.

Mit dankbarer Ergebung haben wir es zu erkennen, daß durch die Gnade des Allmächtigen das Land mit einer befriedigenden Ernte gesegnet worden ist. Die wirtschaftlichen Zustände des Landes würden demnach ein völlig befriedigendes Bild darbieten, wenn nicht einzelne Incongruenzen unter den Wirkungen des Krieges in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu leiden hätten.

Der Gewerbefleiß und der Handel müssen zwar noch der Vortheile entbehren, welche sie in Folge der Handelsverträge mit Frankreich zu erwarten berechtigt waren; es steht jedoch für die Regierung Sr. Maj. der Entschluß fest, daß denselben diese Vortheile nicht über den Zeitpunkt hinaus vorenthalten bleiben sollen, zu welchen die Verpflichtungen lösbar werden, die gegenwärtig noch der Ausführung jener Verträge entgegenstehen.

Die Regierung Sr. Maj. ist mit Eifer und Nachdruck dahin zu wirken bemüht, daß allmählig auch diejenigen Landestheile mit Eisenbahnen versehen werden, welche dieses wichtigen Kommunikationsmittels noch nicht theilhaftig geworden sind. Sie hat die Privatunternehmungen, welche in dieser Richtung in Anregung gekommen, nach Kräften gefördert, und hofft, auch in dieser Sitzungsperiode Ihnen wegen Herstellung neuer Schienenverbindungen, die in der Vorbereitung begriffen sind, Vorlagen machen zu können.

Durch Verbesserung der Straßenanlagen und durch Entwässerung von Niederungen ist die Regierung Sr. Maj. fortgesetzt bemüht gewesen, die nutzbare Bodenfläche zu vermehren, und es sind auch im verflochtenen Jahre auf diesem Gebiete erfreuliche Erfolge erzielt worden.

Nicht minder hat die königl. Regierung der Förderung der Wissenschaft und Kunst ihre angelegentlichste Fürsorge gewidmet und bezweckt nicht, daß Sie die für diese Zwecke im Etat ausgewiesenen Mittel gern bewilligen werden.

Es werden mehrere Gesetzentwürfe Ihrer Prüfung übergeben werden, welche theils provinzielle Interessen betreffen, theils Abänderungen der Gesetzgebung für einzelne besondere Rechtsgebiete bezwecken, und unter letzteren auch ein Gesetzentwurf zur Ergänzung der deutschen Wechselordnung und der Entwurf eines Gesetzes über die Gerichtsbarkeit der Konsuln, für welche von dem Hause der Abgeordneten in der letzten Sitzungsperiode eine gesetzliche Regulirung beantragt worden.

Die Lage der Verhandlungen über den Entwurf einer Kreisordnung, welcher im vorigen Jahre dem Landtage der Monarchie vorgelegt wurde, hat es rathsam erscheinen lassen, zur näheren Erörterung provinzieller Verhältnisse auf diesem Gebiete zuverderst noch die Provinzialstände zu vernehmen. An diese Entschlüsse werden sich weitere Vorberathungen knüpfen, welche es jetzt nicht übersehen lassen, ob ein Gesetzentwurf über diesen wichtigen Gegenstand alsbald vorgelegt werden können. Dergleichen ist die nach dem bisherigen Gange der legislativen Verhandlungen für notwendig erachtete anderweitige sorgfältige Prüfung des Bedürfnisses zur Abänderung der Gesetze über die ländliche Polizeiverfassung und über die Kommunalverfassungen in den verschiedenen Provinzen der Monarchie noch nicht so weit zum Abschluß gelangt, daß die dem Landtage zu machenden Vorlagen für die gegenwärtige Sitzung mit Sicherheit in Aussicht gestellt werden können.

Die Regierung Sr. Maj. wird jedoch die erforderliche Fortbildung

der Gesetzgebung auf den bezeichneten weitgreifenden Gebieten zum Gegenstande ihrer unausgesetzten Thätigkeit machen.

Die Beziehungen der Regierung Sr. Maj. zu den auswärtigen Mächten sind im Allgemeinen befriedigende.

Den nachhaltigen Bemühungen der königl. Regierung ist es gelungen, die von ihr in Hessen vertretene Politik sowohl bei der kurfürstlichen als bei den anderen deutschen Regierungen zur Geltung zu bringen, und so dem benachbarten Kurstaate Ausichten auf eine geordnete Entwicklung seines Verfassungslebens zu gewähren, welche auch durch die neuesten, aus Kassel gemeldeten Vorgänge nur vorübergehend getrübt werden können.

Im Verfolg der von einer Anzahl deutscher Bundesregierungen an das königl. Kabinet gerichteten identischen Noten vom Monat Februar vorigen Jahres sind von denselben Regierungen in der Bundesversammlung Anträge gestellt worden, welche weniger durch ihren Inhalt, als durch die auf sie angewandte Auslegung der Bundesverträge eine prinzipielle Bedeutung für die Stellung Preussens zum Bundestage erlangt haben. Die königl. Regierung ist auch ihrerseits von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Bundesverträge in der Gestalt, wie sie 1815 geschlossen wurden, den veränderten Zeitverhältnissen nicht entsprechen. Vor Allem aber ist sie sich der Pflicht gewissenhafter Beobachtung bestehender Verträge bewußt, und entschlossen, die volle Gegenseitigkeit in Erfüllung dieser Pflicht als Vorbedingung des Fortbestandes solcher Verträge zu behandeln.

Die Regierung Sr. Majestät wird in der Theilnahme an Ihren Beratungen von dem ernsten Bestreben geleitet werden, das einmüthige Zusammenwirken mit den beiden Häusern des Landtages zu erreichen, welches als eine wesentliche Bedingung für die lebensvolle Entwicklung aller staatlichen Verhältnisse betrachtet werden muß. Ein legendärer Erfolg der gemeinschaftlichen Thätigkeit wird von der allseitigen Hingebung für das Wohl des Landes und die Ehre der Krone erwartet werden dürfen.

Auf Befehl Sr. Maj. des Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Aus dem französischen Gelbbuche.

II.

Griechenland.

Die Darlegung wiederholt zunächst diejenigen Anschauungen, welche schon in der Depesche des Hrn. Drouyn de Lhuys vom 4. Dez. v. J. ausgesprochen worden sind. Ueber die späteren Zwischenfälle, die von England aufgestellte Kandidatur des Königs Ferdinand von Portugal und das Anerbieten der Abtretung der Ionischen Inseln, gibt nachstehende Depesche des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an die diplomatischen Vertreter Frankreichs im Auslande Aufschluß:

Paris, den 21. Dez. 1862.

Mein Herr! Die Depesche, welche ich am 4. d. M. über die griechische Angelegenheit an Sie richtete, hat Ihnen die Zwischenfälle mitgetheilt, in Folge deren die drei Mächte sich über die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des von ihnen 1830 unterzeichneten Protokolls geeinigt haben, der Bestimmungen, durch welche die Mitglieder der drei regierenden Häuser von dem griechischen Throne ausgeschlossen werden. Gemäß dieser Uebereinstimmung haben die Gesandten von Frankreich, England und Rußland zu Athen der provisorischen Regierung eine Kollektiv-erklärung des Inhalts mitgetheilt, daß weder Prinz Alfred, noch Herzog von Leuchtenberg die griechische Krone annehmen können, wenn sie ihnen von der hellenischen Nation angeboten werden sollte.

Da auf diese Weise die einzige wirklich ernste Ursache von Verwicklungen beseitigt war, so mußten natürlich die Mächte sich mit der Bezeichnung eines Prinzen beschäftigen, der, außerhalb der drei regierenden Familien stehend, der Abstammung der Griechen empfohlen werden könnte. Wir unsern Theil haben dabei kein anderes Interesse, als das Griechenlands selber, und wir sind bereit, die Kandidatur eines jeden Prinzen anzunehmen, der durch sein Alter und seine persönliche Befähigung die gewünschten Garantien darbietet.

Von diesem Gesichtspunkte aus habe ich in meinen Unterredungen mit dem englischen Botschafter und dem russischen Geschäftsträger die verschiedenen Kombinationen aufgestellt, die zu erfolglosen Eröffnungen Anlaß gegeben hatten und dann der Reihe nach wieder aufgegeben werden mußten.

Die Regierung J. Britt. Majestät hat zuletzt den Namen des Königs Ferdinand von Portugal, Vater des jetzt regierenden Königs, zur Sprache gebracht. Dieser Prinz steht in der Kraft des Alters und ist erfahren in den Regierungsgeschäften; er vereinigt also die wesentlichen Eigenschaften, um den griechischen Thron einzunehmen, und wir beileben uns, nach London und Petersburg zu melden, daß diese Wahl unsere volle Zustimmung habe. Die Schritte jedoch, um den König Ferdinand zur Annahme dieses Anerbietens zu bestimmen, hatten keinen Erfolg, und unsere letzten Nachrichten aus Lissabon stellen seine Weigerung als definitiv dar. Ich bin noch nicht in der Lage, Ihnen das Resultat der neuesten Unterhandlungen über diesen Zwischenfall mittheilen zu können.

Wie Sie bereits durch das öffentliche Gerücht vernommen haben werden, hat die Regierung J. Britt. Majestät beschlossen, zum Vortheil Griechenlands auf das Protektorat über die Ionischen Inseln zu verzichten. Zwei Bedingungen knüpft England an diese Abtretung: zuerst die Zustimmung der Mächte, welche 1815 an den diplomatischen Akten über das Schicksal dieser Inseln theilhaftig waren, und dann die Erhaltung der monarchischen Regierungsform in Griechenland und die Achtung der bestehenden Gebietsabtheilungen, wie dies bereits die provisorische Regierung freiwillig zugesichert hatte.

Wir tragen, was uns anbelangt, kein Bedenken, einer Entschlieung

beizustimmen, die, aus welchen Beweggründen sie auch hervorgegangen sein mag, den unberechenbaren Vortheil darbietet, den Interessen Griechenlands Befriedigung zu gewähren, und den so oft kundgegebenen Wünschen der jenseitigen Bevölkerung zu entsprechen. — Drouyn de Lhuys.

Römische Angelegenheit.

Die bezüglichen Aktenstücke nehmen 38 Quartseiten ein. Ein besonderes Interesse bieten die auf die Mission Odo Russell's bezüglichen Depeschen des Hrn. Drouyn de Lhuys und des Fürsten Latour d'Auvergne dar. Außerdem heben wir für heute folgende charakteristische Stelle aus einer Depesche des Hrn. Drouyn de Lhuys an den französischen Gesandten in London hervor. Die Depesche ist datirt vom 25. Nov. 1861, und enthält eine Darlegung der französischen Politik in Rom auf eine von dem britischen Kabinet durch Lord Cowley erbetene Auskunft über etwaige, von dem englischen Gesandten seit abweichende Anschauungen in der römischen Frage. Es heißt darin u. A.:

Nichts in unserer Haltung und unsern Handlungen konnte bis jetzt das Londoner Kabinet voraussehen lassen, daß unsere Absichten nicht immer die gewesen seien, der Besetzung Roms ein Ende zu machen, sowie wir es ohne Nachtheil für die uns anvertrauten Interessen thun zu können glauben würden. England wünscht nicht aufrichtiger als wir das Ende unserer Einmischung. Welch andere Gemüthsstimmung in der That, als die der Pflichterfüllung, könnte uns für unsere Opfer schadlos halten? Welchen besondern Vortheil können wir daraus ziehen, es sei denn die Ehre, der uns zugefallenen Mission getreu zu bleiben? Welches rechtmäßige Interesse könnte irgendwo über eine Politik empfinden, deren einziger Zweck die Ausgleichung der Schwierigkeiten ist, welche uns in Rom zurückhalten, um dadurch die Anwesenheit unserer Truppen daselbst fortan unnöthig zu machen?

Noch fügen wir schließlich folgende Stelle aus der Darlegung der auswärtigen Politik bei:

Die Differenz bezüglich der konstitutionellen Stellung der Erb-Prinzgthümer in der dänischen Monarchie hat nicht aufgehört, das Kabinet von Kopenhagen und den Deutschen Bund in Streit zu erhalten. Die Parteien haben versucht, sich auf diplomatischem Wege auf der Grundlage einer definitiven Unterhandlung zu verständigen, und die nicht-deutschen Großmächte haben ihrerseits versucht, durch ihre Rathschläge einen Vergleich zu erleichtern. Die Regierung Sr. Majestät hat nicht unterlassen, sich zum Organ verständlicher Ideen zu machen, und so sehr sie sich glücklich geschätzt hätte, zu einer Annäherung beizutragen, so sehr muß sie bedauern, daß ihre Anstrengungen, mit denen der andern Höfe vereint, bis jetzt fruchtlos geblieben sind.

Deutschland.

Kassel, 13. Jan. (Fr. Z.) Bei Beginn der heutigen öffentlichen Sitzung der Ständekammer erstattete Präsident Nebelthau über den jedenfalls sehr charakteristischen Vorgang Bericht, den Garnisonprediger Heimanu betreffend. Dieser soll am vorigen Sonntag in der Garnisonkirche, in Gegenwart des Hofes und eines großen Theils des Militärs, die Ständeverammlung, wie vielfach erzählt wird, des Eid- und Treubruchs gegen den Landesherren öffentlich von der Kanzel herab beschuldigt haben. Nach milderer Auffassung hat er über Ständeverfassungen im Allgemeinen gesprochen, die Eid und Treue brächen. Vom Präsidenten Nebelthau, der ihm Gelegenheit zur Aufklärung geben wollte, zur Rede gestellt, hatte Hr. Heimanu anfänglich sein geistliches Amt vorgeschützt, später aber erklärt, allenfalls könne er sagen, daß er die kurhessischen Stände nicht gemeint habe, und schließlich erklärte, er habe weder Zeit noch Gelegenheit gehabt, sich über die kurhessische Ständeverammlung irgend ein Urtheil zu bilden. Wo er kein Urtheil habe, verdamme er auch nicht; er könne also namentlich nicht so, wie erzählt werde, über unsere Ständekammer abgeprochen haben. (Der Mann hat kein Urtheil über die hessische Ständekammer und will doch, wie er die Sache nun selber darstellt, über die Ständekammern abgeprochen haben.) Das Verfahren des frommen Predigers wurde nach allen Seiten gebührend beleuchtet, schließlich aber, dem Antrag des Präsidenten entsprechend, von einer weiteren Verfolgung des Gegenstandes abgesehen.

Der erste Gegenstand, der auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand, die vom Abg. Hupfeld beantragte Ausgleichung der durch die Bundesexekution entstandenen Kassen, mußte wegen Erkrankung des Berichterstatters, Abg. v. Bischoffshausen, zurückgestellt werden. Die Verhandlungen begannen dann mit einer ausführlichen Begründung der Interpellation von Dettler II., die Entschädigung der s. Z. in Folge ihrer Verfassungstreue entlassenen Offiziere und Beamten betreffend. Der entlassenen Offiziere waren es anfänglich sehr viele, doch sind dieselben im Inlande oder Auslande bis auf acht wieder angestellt worden; diese letzteren aber, Alle über 54 Jahre alt, zum Theil im hohen Greisenalter, sehen der gerechten Sühne noch entgegen. Aus dem Zivilstaatsdienste waren elf Obergerichtsräthe, ein Assessor und zwei Verwaltungsbeamte entlassen worden; doch haben sich dieselben größtentheils ein anderweitiges Unterkommen gesucht. Auf die ungenügende Antwort des Landtagskommissärs hin, die besonders auch vom Abg. Henkel getadelt wurde, und aus der hervorgeht, daß die Regierung noch nicht daran gedacht hat, die Entlassenen schadlos zu stellen, wurde ein besonderer Antrag für demnächst vorbehalten.

Von den Abgg. Trabert und Bromm wurde ein Antrag angezeigt, der sofortige Wiederherstellung eines verfassungsmäßigen Zustandes in Betreff der Gemeindeordnung, namentlich Befestigung der in diesem Betreff seit der Bundesexekution erlassenen, formell und materiell verfassungswidrigen sogenannten Gesetze und Verordnungen fordert. Auf den Wunsch des Präsidenten, der die Mittheilung machte, daß sich ein Bericht des Verfassungsausschusses unter dem Druck befinde, in welchem Berichte auch der berührte Gegenstand zur Sprache gebracht werde, wurde die Begründung bis zu einer der nächsten Sitzungen vorerst ausgesetzt.

Die Gesekentwürfe, die Ermäßigung der Mainischfahrts-Abgaben und die Besteuerung des Rübenzuckers betreffend, Berichterstatter Weinbauer und Ziegler, wurden den Ausschüssen gemäß angenommen, und einige Lehrgesuche, über die Weinzierl berichtete, wurden an den Ausschuß für Erlaß eines Volksschulgesetzes verwiesen. — Abg. Wippermann verlas eine ausführliche Begründung zur Ablehnung jeder Mitwirkung bei Ausföhrung des Delegirtenprojekts. Die Versammlung beschloß Erwägung dieses Antrags.

Kassel, 13. Jan. Man schreibt dem „Frankf. Journ.“: Die Ministerkrise wird in der Hauptsache auch dieses Mal schwerlich einen andern Verlauf nehmen, als im November, das heißt, die alten Minister werden im Amte verbleiben, Hr. v. Dehn-Rottfeller wird wieder eintreten, und zwar ohne Feldjäger und österröichischen General. Mit Hr. v. Dehn wird schon seit gestern Abend über den Wiedereintritt unterhandelt, und wenn wir gut unterrichtet sind, so ist das Entlassungsgesuch der übrigen Minister heute abgelehnt worden. So viel steht fest, daß die Vorbereitungen zur nächsten Gesamtstaatsministerial-Sitzung bereits getroffen sind. Die heutige Erklärung des Landtagskommissärs in Betreff der Ausstellung des Reverses durch Hrn. Geh. Oberfinanzrath Schnackenberg steht unserer Mittheilung dorthin nicht im Wege, weil ein solcher Revers auch bei nur zeitweiser Verletzung eines Ministeriums auszustellen ist. — Hr. v. Hesseberg ist aus Frankfurt hier eingetroffen. Es handelt sich darum, daß derselbe das Auswärtige übernehme; es scheint aber, daß die Angelegenheit sich in der oben ange deuteten Weise erledigen werde.

Berlin, 14. Jan. (Köln. Ztg.) In den gestrigen Fraktionsversammlungen der Fortschrittspartei und des linken Zentrums fanden nur Vorbereitungen statt, ohne Beschlußfassung. Die Abneigung gegen den Besuch des evangelischen Gottesdienstes wegen der vorjährigen Erfahrungen war allgemein. Die Frage wegen der Adresse wurde im linken Centrum berührt, blieb jedoch noch unentschieden; in der Fortschrittspartei wurde sie noch gar nicht besprochen.

Die Nachricht der „Volks-Ztg.“ in Betreff des Pastors Gräfer ist völlig authentisch; der Abg. Gräfer wird sein Mandat niederlegen, weil das Konsistorium einen Stellvertreter verweigert.

Die „National-Zeitung“ ist heute Morgen konfisziert worden.

Berlin, 14. Jan. Zu der heutigen Eröffnung des Landtags waren von den Mitgliedern des Herrenhauses etwa 100 erschienen, — die Durchschnittszahl, welche gewöhnlich an den Beratungen Theil nimmt. In den Reihen der Abgeordneten zeigten sich noch große Lücken. Nach dem Schluß der Eröffnungsfeier begaben sich die Mitglieder beider Häuser des Landtags in ihre Sitzungsorte, um ihre Versammlungen zu konstituieren. Im Herrenhause wurde der Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode mit 74 von 95 Stimmen wieder zum ersten Präsidenten gewählt. Die übrigen 21 Stimmen fielen auf den Herzog von Ratibor. Im Abgeordnetenhause übernahm den Bestimmungen der neuen Geschäftsordnung zufolge der frühere Präsident Grabow den Vorsitz und brachte nach einer kurzen Ansprache ein Vebgehoch auf den König aus. In dieser Ansprache theilte Hr. Grabow mit, daß 194 Zustimmungsadressen mit 221,151 Unterschriften von Wahlmännern und Urwählern auf den Tisch des Hauses niedergelegt seien. — In Bezug auf den Operationsplan für den neuen parlamentarischen Feldzug scheinen die oppositionellen Parteien noch nicht einig zu sein. Namentlich bestehen auch darüber noch bedeutende Meinungsverschiedenheiten, ob das Abgeordnetenhaus seine Thätigkeit mit einer Adresse an den König beginnen solle. Gestern Abend waren die einzelnen Fraktionen beider Landtagshäuser in Separatzusammenkünften vereinigt, um sich zu konstituieren und über ihr nächstes Verhalten zu berathen. Die Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses hatte sich in dem Lokal „Admiralsgarten“ versammelt. Dort wird dieselbe auch heute Abend wieder vereinigt sein. — Die Besserung in dem Befinden Sr. Maj. des Königs hat so günstige Fortschritte gemacht, daß höchstwahrscheinlich gestern Mittag schon wieder eine Spazierfahrt unternommen konnte. — Wie verlautet, hat der König dem bisherigen Oberbürgermeister von Berlin, Dr. Krausnick, bei dessen Ausscheiden aus dem Amt den Titel eines Wirkl. Geh. Ober-Regierungsraths verliehen. — Gestern Nachmittag war von dem Staatsminister a. D. v. Patow ein Diner veranstaltet, an welchem auch der Ministerpräsident v. Bismarck Theil nahm. Das neuerdings hier wieder auftauchende Gerücht, Hr. v. Patow werde an Stelle des Hrn. v. Bodelschwingh als Finanzminister in das jetzige Kabinet eintreten, ist eben so grundlos wie die Behauptung: von maßgebender Stelle sei die Berufung eines Ministeriums aus Mitgliedern der altliberalen Partei in nahe Aussicht genommen. — Vor kurzem hat der Abg. v. Baerdt, welcher in der letzten Sitzungsperiode als Referent der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses fungirte, seinen Wohnsitz definitiv nach Berlin verlegt.

Wien, 13. Jan. Die für offiziös geltende „General-Korrespondenz“ schreibt:

Die Anwesenheit des Grafen Thun, k. k. Gesandten am k. russischen Hofe, in Berlin, ist vielfach besprochen und kommentirt worden. Man hat sogar von einer Mission gesprochen, welche diesem Diplomaten nach Berlin aufgetragen gewesen sei. Wir glauben aber der Wahrheit näher zu kommen, wenn wir annehmen, daß, wenn auch Graf Thun seinen kurzen Berliner Aufenthalt auf der Durchreise nach St. Petersburg dazu benützt haben mag, auf Grund seiner freundschaftlichen Beziehungen zu dem k. preussischen Ministerpräsidenten im Sinne der Verständigung über Fragen, auf deren Entscheidung ganz Deutschland mit gespanntem Interesse wartet, zu wirken, diesen Bemühungen doch keinesfalls durch irgend einen Auftrag Seitens der kaiserlichen Regierung eine bestimmte Anregung gegeben war. [?]

Die „Presse“ und andere Blätter hatten das Gerücht von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Grafen Rechberg und des Hrn. v. Bismarck in Leipzig gebracht. Sie sehen sich jetzt veranlaßt, dasselbe zu widerlegen. — Die „Scharf. Korrm.“ meldet, daß die Nationalbank auf Anregung des Finanzministeriums mit dem Verlaufe mehrerer der ihr überlassenen größeren Staatsgüter, worunter Parubitz und Smiritz sich befinden sollen, vorzugehen im Begriffe ist.

Triest, 12. Jan. Podesta Conti erließ ein Abschiedsproklam, worin er sagt, das aufgelöste Munizipium habe bei seinen Verhandlungen nur das Ansehen und die Wohlfahrt des Heimathlandes im Auge gehabt.

In der heutigen Munizipalsitzung wurden zwei Kommissionen zur Wahlprüfung eingesetzt. Der Antrag Pascolini's auf Einsetzung von vier Kommissionen für die Stadt und einer für das Territorium blieb in der Minorität.

Schweiz.

Bern, 13. Jan. Ueber die Vorverhandlungen kantonaler Abgeordneter über den französisch-schweizerischen Handelsvertrag, welche letzten Freitag in Bern geschlossen wurden, sagt die Genfer „Nation Suisse“: Die ganze Zeit über wurden jeden Tag zwei Sitzungen von zusammen 8 Stunden gehalten. Alles, was auf den Verhandlungsgegenstand Bezug hatte, wurde mit der größten Sorgfalt untersucht; wohl noch nie sind die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und der Schweiz mit so viel Eifer und Sachkenntniß besprochen worden. Das gleiche Genfer Blatt, das seinen Bericht wahrscheinlich Hrn. Fazy verdankt, verspricht eine genaue Berichterstattung über die Verhandlungen. Bekanntlich wurden dieselben von Hrn. Frei-Herosee präsidirt. Hr. Dr. Kern, der von Paris herbeigerufen war, gab Auskunft über die diplomatischen Beziehungen der Frage. Als Hauptbedingungen des Erfolgs wurden für die Schweiz bezeichnet: Garantie des literarischen und künstlerischen Eigenthums, sowie des industriellen Eigenthums, betreffend Fabrikationsmuster und Vorlagen; Garantie gegen Contrefaçon von Fabrikzeichen, und endlich freie Niederlassung der Israeliten in allen Kantonen der Eidgenossenschaft ohne Ausnahme. Von diesen Forderungen werde Frankreich unter keinen Umständen abgehen; mit weniger Entschiedenheit verlange es Zollfreiheit für die Erzeugnisse des Chablais und Jancigny. So wenig das literarische u. Eigenthum in der Versammlung Anhang gefunden hat, so hat man sich doch dazu herbeigelassen, es den Kantonen anheimstellend, die Sache ins Reine zu bringen, wie es in Genf bereits geschehen ist. Bezüglich der Israeliten sprachen sich nur zwei Kantone und zwei Halbkontone gegen freie Niederlassung aus. Die Zollfreiheit für Erzeugnisse von Chablais, Jancigny und Genf wurde einstimmig verworfen, weil man diese französischen Gebietstheile nicht zum Nachtheil des schweizerischen Gebiets bevorzugen könne. Dieses Vorrecht könnte übrigens dahin ausgedeutet werden, daß es vermittelt eines Entrepot auf der Grenze von allen französischen Erzeugnissen ausgebeutet würde. Für die Einfuhr französischer Weine wird von der Konferenz die Beibehaltung des bisherigen Zolls empfohlen.

Franreich.

Paris, 13. Jan. Der „Moniteur“ meldet, daß ungeachtet des Briefes des Königs der Belgier König Ferdinand von Portugal die ihm angebotene Kandidatur auf den griechischen Thron ausgeschläge.

Paris, 14. Jan. Wir vernehmen, daß Lord Cowley und Hr. v. Riga dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Mittheilungen ihrer Regierungen vorlesen, welche dahin zielten, für die Befestigung Roms eine, wenn auch nur annähernd bestimmte Frist zu erlangen. Hr. Drouyn de Lhuys wollte von diesen Mittheilungen nicht einmal eine Abschrift annehmen. — Die militärischen Operationen in Mexiko werden, wie man versichert, erst nach Eintreffen des Marquis Galliffet einen ersten Charakter annehmen. Man sagt, daß dieser Ordnonanzoffizier des Kaisers dem General Forey spezielle Weisungen und einen vom Kaiser selbst entworfenen Feldzugsplan überbringt. Einstweilen erfährt die „France“ aus Vera-Cruz, 10. Dezbr., daß die Bezirke von Perote, San Martin und Termadican, aus welchen die Streifbänder verjagt wurden, anfangen, den Franzosen Lebensmittel zu liefern. — Aus Madrid erfährt man, daß die Abgeordnetenkammer die Adresse in Beantwortung der Thronrede mit 166 gegen 77 Stimmen votirte. Dieses Resultat sichert das Verbleiben D'onnell's. Marschall Serrano, welcher in Madrid eintraf, schlug dem Vernehmen nach jede Stellung, insbesondere den Pariser Gesandtschaftsposten, aus. — Ueber die päpstlich gesinnten Redner im Senate scheint ein besonderer Unstern zu walten. Marquis Larochejacquelein ist krank; ferner erkrankten auch Hr. v. Barth, Hr. v. Segur d'Agusseau und Baron Vincent. General Bedeau ist zu Nantes gefährlich erkrankt; er wurde von einem Schlag der Zunge gerührt. — Gestern fand die Versteigerung der Bildergalerie des Fürsten Demidoff statt. Um die „Stratonice“ von Ingres stritten die Kaiserin und der Herzog von Anhalt; das berühmte Gemälde verblieb letztem für 92,000 Fr. Mehrere der Anwesenden ließen sich in ihrem Enthusiasmus zu dem Rufe: „Es lebe der Herzog von Anhalt“, hinreißen. — Die „Gaz. de France“ hat Briefe aus Rom, 10., wornach Franz II. letzten Mittwoch und Donnerstag zahlreiche Deputationen aus allen Provinzen Neapels empfing. Auch aus anderweitig hier eingetroffenen Nachrichten geht hervor, daß die Bourbonische Partei in Süditalien stark im Wachsen ist. — Die heutige Börse war geschäftslos und flau. Rente 69.95. Mob. 1132.50. Ital. Anl. 69.90.

Spanien.

Madrid, 13. Jan. Deputirtenkammer. Rios-Rosas ist der Ansicht, Spanien müsse in Mexiko einen

spanischen Prinzen unterstützen, da der Erzherzog Maximilian den Wünschen des Kaisers nicht entspreche. Die Einmischung in Mexiko sei vollkommen gerechtfertigt gewesen. Eine Pariser Depeche habe die Kandidatur des Erzherzogs Maximilian angezeigt, Spanien habe nicht protestirt; darauf hin hätte Prim in demselben Sinne handeln müssen, wie seine Regierung. Kein Bevollmächtigter habe in der ersten Konferenz seine Pflicht erfüllt. Der Vertrag von Soledad habe Juarez anerkannt, das sei widersinnig gewesen. Rios-Rosas behauptet, es gebe eine monarchische Partei in Mexiko. General Prim sei gegen Almonte feindselig gestimmt, und die Franzosen, welche den Letztern beschützen, vergäßen ebenfalls die Neutralität.

Amerika.

Neu-York, 2. Jan. Präsident Lincoln hat das Gesetz, welches Westvirginien als besondern Staat in die Union aufnimmt, unterzeichnet.

Ein blutiger Kampf hat am 30. Dez. bei Murfreesboro in Tennessee stattgefunden. Die Unionisten blieben im Centrum Sieger und trieben ihre Gegner eine Meile weit zurück. Ihr linker Flügel, der die Verschanzungen der Südlischen ergründete, hat ungeheure Verluste gehabt. Vier Unionistenregimenter haben die Hälfte ihrer Soldaten und alle ihre Offiziere verloren. Drei Generale des Nordens wurden verwundet; den Südlischen wurden zwei Generale Cheatam und Raines getödtet.

Das Gerücht vom Einfall der Südlischen in Maryland wird widerlegt.

Neu-York, 3. Jan., Morgens. Zwei unionistische Divisionen verfolgen die Südlischen bei Murfreesboro. Die Schlacht hat am 31. Dez. von neuem begonnen und ist zwei Tage lang mit ungeheuren Verlusten fortgesetzt worden. Butler ist in Neu-York angekommen, von da aber nach Washington weiter gereist. Blätter aus Richmond melden, daß die Unionisten am 27., 28. und 29. Dez. Vicksburg angegriffen haben, aber mit großem Verlust zurückgeschlagen worden sind. Der Kampf dauert fort. Jefferson Davis ist in Mobile angekommen. Die republikanischen Blätter billigen Lincoln's Proklamation. Der „Neu-York-Herald“ und die „World“ tadeln sie.

Neu-York, 3. Jan. Der Gouverneur Seymour hat eine Antrittsrede ohne Bedeutung gehalten. Ein mörderischer Kampf hat bei Murfreesboro am 30. und 31. Dez. stattgefunden. Die Unionisten sind zuletzt Herren des Schlachtfeldes geblieben; doch ist ihr Verlust sehr bedeutend; er wird auf 2500 Mann geschätzt. Die Südlischen sind im vollen Rückzug. Der Dampfer „Caledonia“ ist bei Cap Cod (Massachusetts) gescheitert; man fürchtet, er sei gänzlich verloren.

Neu-York, 3. Jan., Abends. Der Kampf bei Murfreesboro ist mehrmals erneuert worden, da beide Theile große Verstärkungen erhielten. Der „Richmond-Whig“ greift England heftig an, da es sich geweigert hat, sich Frankreich in der Amerika gegenüber vorgeschlagenen Vermittlung anzuschließen.

Baden.

Karlsruhe, 15. Jan. (Zweite Sitzung des landw. Centralausschusses.) Anwesend sind vom großh. Handelsministerium: Hr. Staatsrath Weizel. Als Vertreter der Centralstelle für die Landwirtschaft: Hr. Geh. Ref. Dies, Hr. Weienbaummeister Lauter, Hr. Assessor Bierordt, und Hr. Landfallmeister v. Röder. Hr. Staatsrath Weizel heißt die Versammlung herzlich willkommen. Als vor einiger Zeit Abänderung der Vereinsstatuten angeregt wurde, hat die Regierung nicht gekümmert, den Wünschen möglichst nachzukommen; sie hat das Organ berufen, das zur Abänderung der Statuten bestimmt war. Das Ergebnis der Beratung sind die jetzigen Statuten. Dadurch wurde es möglich, den Centralausschuß im jetzigen Sinne zu berufen.

Das wichtigste Ergebnis dieser Beratung ist dieser Centralausschuß; er hat das Recht und die Pflicht, alle Angelegenheiten und Wünsche der landw. Bevölkerung vorzubringen, Vorschläge zu machen über Verbesserungen, Gutachten über wichtige Fragen abzugeben, und das Budget zu beraten; es sei ein reiches Feld seiner Thätigkeit, und er spreche die Ueberzeugung aus, daß nach dem längst gefühlten Say, wie in andern Gebieten, besonders in der Landwirtschaft nur da Ertragsreiches erzielt wird, wo die Organe, welchen die Sorge übertragen, im Zusammenhang mit dem Berufskreis auch nicht zufällig, sondern organisch zusammengehörig sind.

Die Aufgabe des Centralausschusses und die der Centralstelle ist es, diese fernhaften und tüchtigen Gedanken zur Ausführung zu bringen. Es sind wichtige Fragen vorgelegt: über die Beförderung der Pferdezucht und der Rindviehzucht, über den Weinbau und über Hebung der Pflanzgärten. Redner schließt mit den Worten:

Berathen Sie diese Fragen mit Unbefangenheit und seien Sie überzeugt, daß die Regierung Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs, die das größte Interesse und die besten Wünsche für die Hebung der Landwirtschaft hegt, bestrebt sein wird, den Angelegenheiten und Wünschen der Landwirthe möglichst gerecht zu werden.

Hr. Geh. Ref. Dies: Die vom Gesamtausschuß des landw. Vereins bei der Versammlung vom 27. — 30. Jan. 1862 beschlossenen neuen Statuten enthalten die Bestimmung S. 25. 2:

„Der Centralausschuß hat den von der Centralstelle erstatteten Jahresbericht zum Gegenstand seiner Beratung zu machen.“

Der vom Centralausschuß erstmals zu beratende Jahresbericht hätte hiernach das Jahr 1862 zu umfassen. Derselbe kann jedoch erst erstattet werden, wenn das erforderliche Material vorhanden und geprüft ist, wozu vom Jahresabschluss an wohl drei Monate erforderlich sein werden. Es wird daher der Centralausschuß erst bei seinem zweiten Zusammentritt mit der Beratung des Jahresberichtes der Centralstelle für 1862 sich zu befassen haben.

Gleichwohl halten wir für angemessen, dem erstmals zusammentretenden Centralausschuße Mittheilung zu machen:

I. über die Organisation und die Besetzung der Großh. Centralstelle, II. über den Vollzug der neuen Organisation des landw. Vereins.

Als Kommission zur Prüfung dieses Jahresberichtes wurde gewählt: Hr. Laurov, Hr. Dr. Schinzinger und Hr. Jung.

Hr. Geh. Ref. Dies: Einnahmen der Centralstelle für 1863 44,910 fl., Ausgaben nach dem Budget 58,031 fl., Defizit 13,121 fl.

Auf die Anfrage beim Handelsministerium erhielt die Centralstelle für die Landwirtschaft die Weisung: das Ersparte von früheren Jahren nicht gleich auszugeben, sondern das Budget so zu ändern, daß eine Verminderung von 6000 fl. gemacht würde. Es soll auch für dieses Budget für das Jahr 1863 eine Kommission ernannt werden, die jenes und auch für 1864 beraten soll, was wegen Vorberathung verschoben wurde.

Für die Kommission zur Prüfung der Vahsprotokolle wurden gewählt die H. H. Friedrich und Dr. Hertz.

Man ging hierauf zur Beratung der vom großh. Handelsministerium gestellten Frage über den Befund der Pferdezucht über.

Hr. Geh. Ref. Dies: Die Landesgesellschaft hielt es zu keiner Zeit für ihre Aufgabe, die Hengste für alle Zuchtstuten im Lande zu liefern; sie beschränkte sich vielmehr von jeder darauf, nur in jenen Gegenden, welche sich für die Pferdezucht vorzugsweise eignen, passende Hengste zum Beschalen aufzustellen, um auf Veredlung der Pferdezucht hinzuwirken, bis ein den Verhältnissen entsprechender Pferdebesitz in hinlänglicher Verbreitung erzielt sein wird, welcher sodann konstant erhalten werden soll.

Hr. Kötter wünscht, daß das Landesgestüt dem ganzen Land und nicht bloß einzelnen Theilen zu gut kommen solle; man unterstütze deshalb die Haltung der Privathengste.

Hr. Dr. Hertz: Die Landesgesellschaft-Anstalt sei nicht zu entbehren; doch solle man trachten, sie entbehrlich zu machen; er wünscht deshalb, daß die Privaten, die Hengste halten wollen, bedeutend unterstützt werden sollen.

Hr. Assessor Bierordt: Die Anträge des Vorredners sind bloß Statfragen; man hatte den Grundsat aufgestellt, daß nur die Privathengste prämiirt wurden, wo zu wenig Pferde in Stationen vorhanden waren. Diese Prämirung fand aus der Kasse der Centralstelle statt und sollte aus der Kasse des Landesgestüts bestritten werden.

Hr. Kötter wünscht nicht, daß das Landesgestüt aufgehoben werde, nur daß auch da die Pferdezucht durch Privathengste gehoben werde, wo die Zahl für Stationen zu gering ist, sonst sei das Landesgestüt ein Privilegium für einzelne Theile.

Hr. Lauter: Jede Anstalt ist eine Art von Privilegium in diesem Sinne, weil jede Verbesserung zunächst den Landbesitzern nützt, wo sie vorgenommen wird. Aber gerade dadurch, daß man die Gegenden unterstützt, die besonders sich zur Pferdezucht eignen, nützt man dem ganzen Land, weil man bessere Pferde erhalten kann; übrigens habe er überall gehört, daß man die Stationen vermehrt wünsche.

Hr. Werner: Man müsse fragen, ob die Zahl der Hengste genügt und ob sie geeignet sind, den Wünschen der Landwirthe zu entsprechen.

Hr. Geh. Ref. Dies schlägt vor, daß man zur Beratung der einzelnen Fragen übergehe, da die schon berührten wieder vorkommen.

Die H. H. Friedrich und Kötter stellen den Antrag: der Centralausschuß erkenne an, daß die Landesgesellschaft-Anstalt für alle Theile bestimmt ist; sie muß sich aber darauf beschränken, ihre Hengste in den Gegenden aufzustellen, die sich besonders dazu eignen.

Dieser Antrag wurde angenommen.

Man ging hierauf zur Beratung der Stammzucht über.

Hr. Geh. Ref. Dies: Es war früher vorgeschlagen, Mecklenburger Stuten anzuschaffen. Hr. v. Röder: In Mecklenburg seien die Stuten jetzt schlecht, dagegen in anderen Theilen Norddeutschlands sehr gut, die billiger gekauft werden können.

Hr. Röder fragt, ob schon bestimmt sei, daß Stuten gekauft werden sollen, was von allen Seiten als schon angenommen betrachtet und bejaht wurde.

Hr. v. Röder: Es ist nöthig, fremde Stuten zu kaufen, um schöne Hengste zu erhalten; letztere seien so theuer, daß man sie nicht mehr auswärts kaufen könne.

Man ging hierauf zur Beratung der Bedingungen über, unter welchen angekaufte Stuten an Landwirthe abgegeben werden können. Den schon früher aufgestellten und in der von der Centralstelle für die Landwirtschaft herausgegebenen Broschüre über die Pferdezucht veröffentlichten Grundbegriffen der Stammzucht wurde beigestimmt.

Hr. v. Röder: Man kann den Zweck nicht erreichen, wenn die Stuten nicht veräußert, sondern bis auf einen gewissen Grad zur Verfügung der Centralstelle stehen bleiben.

Hr. Röder stellt den Antrag: Ich wünsche, daß die Summe, die zum Ankauf der Stuten bestimmt ist, zur Anschaffung guter Hengste verwendet werde, weil man mit solchen und den inländischen Stuten einen schönen Schlag erzielen kann. Dieser Antrag wurde nicht unterstützt. Nach längerer Beratung, wobei besonders Erhöhung des Preises, den man von Landwirthen für Stuten verlangt, wurde beschlossen, sie so zu vergeben wie früher.

Hierauf folgte die Beratung über den Entwurf, wie die Hengste im Lande vertheilt werden sollen.

Hr. Röder wünscht bessere Vertheilung und den Verkauf, d. h. Abgabe an Privaten der schlechtesten, da bei den Stationen immer einige sind, die den Wünschen der Landwirthe nicht entsprechen. Es wurde hierauf erwiedert, daß dies nicht thunlich, bevor die Mittel da sind, andere zu kaufen. Hr. Kötter wünscht die Verminderung der Hengste etwa auf 80 und Verwendung der so gewonnenen Mittel zur Unterstützung der Privathengste und Erhöhung der bei Ausstellungen ausgelegten Preise, um Privaten aufzumuntern, Hengste zu halten.

Hr. Friedrich widerspricht diesem Antrag, denn es würden die schlechtesten verkauft und als Privathengste aufgestellt, die einen sehr kleinen Werth hätten, wenn man die Bedingung daran knüpfte, daß sie zur Nachzucht verwendet werden müssen; dann aber müßten die Stationen, statt vermehrt, wie es gewünscht wird, wesentlich vermindert werden. Er spricht den Antrag aus, daß die Zahl der Hengste dieselbe bleibe, und daß einstellende die Preise bei Ausstellungen erhöht werden. Wenn dadurch später mehr und bessere Privathengste vorhanden sind, so können die Stationen vermindert werden.

Hr. Dr. Hertz wünscht, daß, wenn keine Mittel zu der gewünschten Vermehrung vorhanden wären, man also solche verlangen müsse. Der Antrag von Kötter, die Zahl der Hengste zu vermindern, wurde abgelehnt; der Antrag Röder's und der von Friedrich wurden angenommen.

Eine Vermehrung von Beschälstationen wurde von verschiedenen Abgeordneten für ihre Bezirke gewünscht, was aber ohne die bereits vorgeworfene Vermehrung der Hengste nicht möglich ist, daher abgelehnt wurde.

Wegen Klage über einzelne Stallbediente wurde von Herrn Geh. Ref.

Dies und Herrn Landfallmeister v. Röder der Wunsch ausgesprochen, man möge nur jede einzelne unbefugte Uebertretung von Seiten der Stallbedienten gleich anzeigen.

Mannheim, 14. Jan. Gestern, am 81. Jahrestag der ersten Aufführung der „Räuber“ in Mannheim, wurde von Hrn. Rhodius, Hoforchestermittglied, als Reinertrag des Abdrucks, welchen er am letzten Schillerfest vom Originaltheaterjettel jener Aufführung verankaltet hatte, ein schöner Beitrag zur Vereinskasse dem Vorstand der badischen Zweigleitung der deutschen Schillerstiftung übergeben.

Der hiesige Hilfsverein für Errichtung des Wessenberg-Denkmal in Konstanz stellte gestern den Betrag der Listen zusammen, welche die Vorstandsmitglieder unter sich und ihren näher Bekannten zur Unterzeichnung in Umlauf gesetzt hatten. Dieselben enthielten einen Betrag von über 300 fl. und dürften, wenn die zwei noch ausstehenden eingegangen sein werden, die Summe von 400 fl. erreichen. Demnach wird aus ihnen eine Hauptliste zusammengestellt und in größeren Kreisen in Umlauf gesetzt werden.

Der Komponist Albert hat gestern wieder unsere Stadt verlassen, nachdem er über die Leistungen der hiesigen Kunstanstalt in Aufführung seines „König Enzo“ sich mit wärmster Anerkennung ausgesprochen hatte.

— Aus dem Wahlbezirk Weinheim-Ladenburg, 14. Jan. (Mannh. J.) Eine am letzten Sonntag in Grofsachsen stattgehabte Versammlung von Wählern des diesseitigen Wahlbezirks ergab als Resultat die Vereinigung der Abgeordneten auf die H. H. Dr. Pagenstecher und D. G. A. Kunzmann. Auf einen dieser Herren würde die Wahl fallen. Uebrigens war von sämmtlichen 65 Wählern nur die geringere Zahl 30 anwesend. Wenn die Fehenden sich auf einen andern Kandidaten vereinigen, so wäre das Endergebnis immer noch zweifelhaft.

Vermischte Nachrichten.

— Erlangen, 9. Jan. (Münch. Corr.) Der Senat der hiesigen Universtität hat das Korps Bavaria, das sich bei öffentlichen Aufzügen der durch das Loos bestimmten Zugehörnung der südbadischen Verbindungen seit Jahren regelmäßig widersetzte, aufgelöst.

— Darmstadt, 13. Jan. (Sch. M.) Nachdem ein deutscher Reformverein schon längere Zeit hier in der Bildung begriffen war, wurde auf gestern eine Versammlung in den großen Saal des hiesigen Rathhauses eingeladen, um über die definitive Fassung der Statuten Beschluß zu fassen und die Wahl des Ausschusses vorzunehmen. Die Versammlung bestand aus ungefähr 170 Männern, meist aus dem Bürger-, die kleinere Zahl aus dem Staatsdienstande. Der zweite Präsident des hiesigen Oberappellations- und Kassationsgerichts, v. Hesse, leitete die Beratung. Die Statuten kamen zu Stande, ebenso die Ausschuswahl.

* Die schweizerischen Alpenpässe. Der Föhn, der in den letzten Tagen in einigen Kantonen so fabel gehaust, hat sich am Gotthard entleert. Seit dem 6. d. schneit und stürmt es ununterbrochen fort, so daß die neue Schneemasse eine durchschnittliche Höhe von 10 Fuß erreicht hat. Die Dorfschaften Andermatt, Realp und Siondorf sind in Gefahr, von den Lawinen verschüttet zu werden. Der Verkehr ist natürlich unterbrochen, und es scheint eine Öffnung der Pässe noch nicht in Aussicht, da die Schneemassen und Gefahren täglich größer werden. Die Schneeburdektion entwickelt alle Thätigkeit, um die Passage wieder herzustellen, aber umsonst. Der Spüßgen soll schweizerischer Seite am 14. d. wieder geöffnet worden sein; auf italienischer Seite, wo mehr Schnee liegt, ist der Zeitpunkt ungewiß. Der Bernhardsin kann erst später folgen. In Graubünden fällt neuerdings starker Schnee.

— Neu-York, 31. Dez. Man schreibt der „N. Y. Z.“: Unter den am 13. Dez. bei Fredericksburg auf die Schlachtbank geführten Truppen zeichnete sich das 7. Neu-Yorker Freiwilligen- (Sog. Steuben-) Regiment, das ausschließlich aus Deutschen besteht, ganz besonders durch seine kaltseltige Tapferkeit und Leiber auch durch seine Verluste aus. Es hatte den ersten Angriff auf das feindliche Centrum zu machen und vier volle Stunden einem mörderischen Feuer Stand zu halten. Von 540 Mann, die am Morgen austrückten, antworteten nach dem Rückzug noch 125. Der Oberst v. Schad und Oberstleutnant Goebel, beide frühere preussische Offiziere, sind nur leicht verwundet; von allen 10 Kompaniechefs ist nur einer, v. Brausen, ebenfalls früher preussischer Leutnant, unverletzt davongekommen; die übrigen sind entweder schwer verwundet oder getödtet. In die erste Kategorie gehören Hauptmann Thibaut, Becker, v. Suggenhausen (früher preussischer Gardeleutnant), v. Springen und Mosebach; gefallen dagegen sind Hauptmann v. Faber, Oberleutnant v. Döring, früherer Jurist in Sachsen, Hauptmann Böttcher und Fritz Jakob. Der Letztere ist gebürtig aus Königsberg und war bis 1848 Referendar in Münster. Er wurde während der ersten fünf Minuten des Kampfes an der Spitze seiner Kompanie von einer Kanonenkugel getödtet. Außer ihnen fielen noch die Leutnants Seiwigt (Sohn eines preussischen Obersten) und v. Apfel. Von den 36 Offizieren des Regiments sind nur 3 gar nicht und 3 unbedeutend verwundet. Hauptmann v. Brausen kommandirt jetzt die Ueberreste des Regiments, und die zehn dezimierten Kompanien sind je zwei unter die übrig gebliebenen fünf Leutnants vertheilt. Oberst v. Schad wurde auf dem Schlachtfelde zum General ernannt und wird bei der Bewunderung, welche seine und seines Regiments Tapferkeit in allen Kreisen erregte, unbedingt bestätigt werden. Selbst der Regimentstaplan Becker (der rothe August aus Gießen, burschenschaftlichen Angebens) stand mitten im Feuer, trug die Verwundeten zurück und pflegte sie, so gut er konnte; auch er ist ohne andern Schaden als einen Preussenschuß davongekommen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Sam. Koenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 16. Jan. 1. Quartal. 9. Abonnementsvorstellung. **Der Majoratserbe;** Lustspiel in 4 Akten, von der Verfasserin von „Lüge und Wahrheit“. Hierauf, zum ersten Male: **Dynlord Cartouche;** Lustspiel in 1 Akt, von Poly Henrion. „Paul von Scharfenack“ — Hr. Otto Devent als Debut.

Sonntag 18. Jan. 1. Quartal. 10. Abonnementsvorstellung. **Der fliegende Holländer;** romantische Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

